

„Zukunft der GKV-Finzen: Zwischen Sozialgarantie und Leistungsversprechen“

Begrüßungsrede Hans Peter Wollseifer

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter aus dem Deutschen Bundestag und aus den Bundesministerien,

sehr verehrte Referentinnen und Referenten sowie Diskutantinnen und Diskutanten hier auf dem Podium,

meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße Sie – auch im Namen meines Vorstandskollegen Hans-Jürgen Müller – zur 24. Plattform Gesundheit des IKK e.V.

Wir wollen hier im Saal, aber auch mit Ihnen, die Sie sich per Video zugeschaltet haben, einer der aktuell drängendsten Fragen für die Gesetzliche Krankenversicherung diskutieren, nämlich die

„Zukunft der GKV-Finzen: Zwischen Sozialgarantie und Leistungsversprechen“

Meine Damen und Herren,

unsere letzte Plattform Gesundheit im März dieses Jahres widmete sich der Corona-Pandemie und ihren Auswirkungen. Wir waren guter Hoffnung, die Krise nun gegen Jahresende überwunden zu haben. Aber wir müssen leider feststellen: Wir sind noch lange nicht im sicheren Bereich. Die 4. Welle rollt an und Experten warnen vor einem schwierigen und unwägbaren Winter.

Auch unsere heutige Plattform ist durch die COVID-19-Pandemie maßgeblich beeinflusst. Das gilt nicht nur für unseren äußeren Rahmen, denn wir tagen in einem hybriden Format und die Mehrzahl der Teilnehmer ist per Video zugeschaltet. Nein, es gilt auch für die heutige Themenstellung: Denn der Rekordzuschuss aus Bundesmitteln in Höhe von 28,5 Milliarden Euro wird auch mit den Auswirkungen der Pandemie begründet.

Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit, denn auch nach dem Ende der Pandemie haben wir es mit einem Finanzierungsproblem zu tun. Hier sind sich die Fachleute einig. Wenn die künftige Gesundheitspolitik nicht rasch und substanziell nachsteuert, wird ein deutlicher Sprung der Beitragssätze erforderlich werden!

Liebe Gäste,

die künftige solide Finanzierung des Gesundheitssystems ist ein Thema, das uns als Gesetzliche Krankenversicherung erfahrungsgemäß stark umtreibt. Und wenn ich von „uns“ spreche, dann meine ich die paritätische Selbstverwaltung und damit insbesondere die Sozialpartner. Hier begrüße ich ganz herzlich Frau Dr. Wagenmann von der BDA und Herrn Schmidt vom DGB.

„Zukunft der GKV-Finzen: Zwischen Sozialgarantie und Leistungsversprechen“

Gerne hätten wir heute natürlich mit den Vertretern der neuen Koalition darüber diskutiert, wie man sich Lösungen in dieser Frage vorstellt. Im Sondierungspapier war zur Frage der Finanzierung der Sozialversicherung noch nichts zu finden.

Aber die Verhandler haben Stillschweigen vereinbart, so dass wir hier und heute nur versuchen können, mögliche Antworten aus unserer Sicht zu formulieren.

Aber eins ist sicher: Die Ampelkoalition wird liefern müssen. Das aus den vergangenen Legislaturperioden bekannte Konzept, mit einem warmen Geldregen Probleme zu überdecken, kann nicht weiter greifen. Die Vermögen der Kassen sind – auf politischen Druck hin – abgeschmolzen worden und die Erhöhung des Bundeszuschusses ist kein Allheilmittel.

Ohne deutliche strukturelle Veränderungen wird es nicht gehen. Entschieden werden muss politisch, aber vor einer Entscheidung bedarf es einer wissenschaftlich fundierten Debatte über die verschiedenen Szenarien und Lösungsansätze. Und hier freue ich mich auf das Impulsreferat von Boris Velten von der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen und Professor Greiner sowie die Diskussion mit Professor Wasem.

Doch von vorne:

Die Gesetzliche Krankenversicherung hat in den vergangenen vier Jahren viele Ausgaben zugunsten der Versorgungsverbesserung geschultert, die uns von politischer Seite auferlegt wurden. Nicht nur der zurzeit noch geschäftsführende Gesundheitsminister Jens Spahn hat kostenintensive Gesetze wie das Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung, das Digitale Versorgungsgesetz oder das Terminservice- und Versorgungsgesetz auf den Weg gebracht.

Auch unter Hermann Gröhe wurde die Finanzlast der Krankenkassen deutlich erhöht. Über die Frage, ob die Versorgungsqualität mit den Gesetzen tatsächlich gesteigert wurde, darüber kann an anderer Stelle diskutiert werden. Doch sicher ist, dass die Gesetzgebung der letzten Legislaturperioden ihren Fokus auf dem Austeilen des Geldes und nicht auf die nachhaltige Finanzierung gelegt hat.

Und dieser Fakt betrifft nicht nur die Bundesgesetzgebung. Nein, hier ist man sich in dem ansonsten leider oft zerstrittenen föderalen System oftmals einig, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg.

Die politisch gewollten Ausgabensteigerungen treffen seit der Corona-Pandemie auf einbrechende Beitragseinnahmen infolge einer gebremsten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Das wachsende Finanzloch stopfte man durch zusätzliche Zuschüsse aus Bundesmitteln.

Eine der letzten Amtshandlungen von Jens Spahn war es, den von ihm bereits Mitte des Jahres angekündigten, nun letztlich um weitere sieben Milliarden Euro erhöhten Bundeszuschuss auf den Weg zu bringen. Im kommenden Jahr erhält die GKV somit 28,5 Milliarden Euro an

„Zukunft der GKV-Finzen: Zwischen Sozialgarantie und Leistungsversprechen“

Bundeszuschüssen – eine Rekordsumme, um das aus dem Gleichgewicht geratene Finanzkonstrukt des Gesundheitswesens zumindest kurzzeitig noch zu stabilisieren.

Wer es bisher noch nicht begriffen hat, meine sehr *verehrten Damen und Herren*, für denjenigen oder diejenige formuliere ich es gern an dieser Stelle noch einmal klar und deutlich: So kann es nicht weitergehen!

Denn über kontinuierliche Bundeszuschüsse lässt sich ein Gesundheitssystem nicht dauerhaft stabilisieren.

Damit aber ein Sprung der Zusatzbeiträge verhindert wird, um die Beitragszahlenden, also die Versicherten und Arbeitgeber, nicht noch stärker zu belasten und den gesamtwirtschaftlichen Aufschwung nicht zu gefährden, sind zum einen Strukturreformen z. B. im Bereich der stationären Versorgung notwendig. Zum anderen muss die Politik realisieren, dass es eine Abkehr von der lohnbezogenen Beitragsfinanzierung geben muss.

Es war richtig, dass sich die Große Koalition mit Blick auf 2022 auf die Sozialgarantie verständigt hat, damit der Gesamtsozialversicherungsbeitrag in der aktuellen Krise nicht über 40 Prozent steigt. Das Ziel muss - zumindest aus Sicht der Arbeitgeber - aber auch für die Zeit danach gelten.

Aber wir befürchten, dass die GKV und mit ihr die Versicherten und Arbeitgeber im Regen stehengelassen werden.

Denn erfahrungsgemäß wird nach einer Bundestagswahl zunächst einmal Kassensturz gemacht und den Wählerinnen und Wählern die Rechnung präsentiert. Und es muss befürchtet werden, dass man dann den Scherbenhaufen in Richtung GKV schiebt, damit die Selbstverwaltung die undankbare Aufgabe übernehmen muss, die Beiträge anzuheben.

Doch was sind die Alternativen?

Wie gerade schon gesagt: Bundeszuschüsse sind kein dauerhaftes Allheilmittel.

Wir Innungskrankenkassen stehen zu einem umlagefinanzierten und selbstverwalteten Krankenversicherungssystem.

Doch dies kann nur dann finanziell stabil funktionieren, wenn alle Beteiligten ihrer Verantwortung nachkommen. Unserer Ansicht nach sind Bund, Länder und Kommunen ihrer Finanzierungsverantwortung in der Vergangenheit nicht gerecht geworden.

Ich denke dabei beispielsweise an die nicht ausreichende Investitionsfinanzierung bei den Krankenhäusern. Hier werden dem System von den Ländern mehr als 2,6 Milliarden Euro jährlich vorenthalten. Aus meiner Sicht müsste diese Summe ersatzweise in den Gesundheitsfonds fließen. Denn das gilt ja auch für die Krankenversicherung, wenn wir politische geliebte Projekte aus welchen Gründen auch immer nicht in vorgeschriebener Höhe finanzieren.

„Zukunft der GKV-Finzen: Zwischen Sozialgarantie und Leistungsversprechen“

Und das gilt auch für die zu geringen Beiträge für ALG-II-Beziehende. Die Übernahme gesamtgesellschaftlicher Aufgaben durch die GKV muss entsprechend durch Steuermittel gegenfinanziert werden.

Darüber hinaus fordern wir die Erschließung weiterer Finanzierungsquellen. Wir erachten die Abkehr vom alleinigen Lohnkostenmodell als wichtigen Baustein zur Sicherung der Finanzstabilität. Dies würde insbesondere die lohnintensiven kleinen und mittelgroßen Betriebe spürbar entlasten.

Ich finde es spannend, dass auf politischer Seite hier wieder nur daran gedacht wird, an der Beitragsbemessung des Einzelnen zu schrauben, statt zu überlegen, wie z. B. die Digital-, Finanz- und Plattformwirtschaft gerecht an der Finanzierung der Sozialversicherung beteiligt werden könnte.

Sehr geehrte Referentin und Referenten hier im Saal, sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Bildschirmen,

wir Innungskrankenkassen stehen zu unserem Versorgungsversprechen. Wir befürchten aber, dass es ohne zügige politische Veränderungen zu stark steigenden Zusatzbeiträgen kommen wird. Das wollen und können wir unseren Versicherten und Arbeitgebern nicht zumuten.

Leistungskürzungen dürfen aus unserer Sicht ebenfalls keine Alternative sein. Insofern fordere ich die Politik und die künftige Gesundheitsministerin oder den künftigen Gesundheitsminister dringend auf, eine nachhaltige und beitragsatzstabile Finanzreform auf den Weg zu bringen und den sicherlich nicht einfachen Weg von Strukturanpassungen konsequent zu gehen.

Wir Innungskrankenkassen stehen mit unseren Vorschlägen gern für Gespräche bereit und möchten auch mit der heutigen Plattform Gesundheit die Diskussion vorantreiben.

Ich wünsche uns eine spannende Veranstaltung und: Bleiben Sie gesund!

Jetzt gebe ich erst einmal das Wort an Jürgen Hohnl, Geschäftsführer des IKK e.V., der Ihnen einige Worte zum Ablauf der heutigen Veranstaltung sagt.

Ende -